MÉDIANÉZŐ
A Nézőpont Csoport tagja

ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

7. hét

2018.02.12.

ZUSAMMENFASSUNG

- INVESTITIONEN AUF REKORDNIVEAU. Im vergangenen Jahr trafen mit 96 Projekten Investitionen im Gesamtvolumen von 3,5 Milliarden Euro im Lande ein, womit in Hinsicht auf die früheren Jahre ein Rekord aufgestellt wurde. Die Investitionen kamen hauptsächlich im Bereich der Digitalisierung und in den durch die neue Industrierevolution am stärksten berührten Industriezweigen zustande und sorgten für 17.000 neue Arbeitsplätze.
- DIE DISZIPLINIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK KANN EINE ENTWICKLUNG VON HISTORISCHEN DIMENSIONEN MIT SICH BRINGEN. Dank der disziplinierten Wirtschaftspolitik ist es dem Staatshaushalt gar nicht anzusehen, dass wir uns in einem Wahljahr befinden. Infolge der erreichten Ergebnisse könnten in diesem Jahr alle drei großen Ratingagenturen die Einstufung Ungarns verbessern, wobei wir auf praktisch allen Gebieten mit großen Fortschritten rechnen.
- DER UNO-ENTWURF ZUR MIGRATIONSPOLITIK IST AUS DER SICHT UNGARNS GEFÄHRLICH. Das erste Dokument des globalen Migrationsabkommens der UNO wurde veröffentlicht. Die Initiative möchte der Migration grundlegend zur Seite stehen und versucht, diese zu unterstützen; sie hält die auch Europa berührende Einwanderung für einen positiven Prozess, der allerdings aus dem Gesichtspunkt der Sicherheit unseres Landes außerordentlich gefährlich sein kann.
- DIE UNGARISCH-UKRAINISCHEN BEZIEHUNGEN KÖNNTEN SICH NORMALISIEREN. Der parlamentarische Staatssekretär des Außenministeriums, Levente Magyar, verhandelte in Transkarpatien mit dem Stellvertretenden Außenminister der Ukraine, Vasil Bodnar, zu Fragen über die Anwendung des neuen ukrainischen Bildungsgesetzes, über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und in Verbindung mit der Entwicklung der Infrastruktur im Grenzbereich.
- DIE JOBBIK GEHT MIT EINEM SKANDAL IN DEN WAHLKAMPF. In den vergangenen Wochen machte in den einheimischen Medien jene Tonaufnahme die Runde, in der in verschiedenen Versionen der Jobbik-Vorsitzende Gábor Vona während einer Türkei-Reise ein Bekenntnis zu Allah abgibt. Seither werden immer mehr Materialien veröffentlicht, welche die Bindungen Gábor Vonas zum Islam aufdecken.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Investitionen auf Rekordniveau

Im vergangenen Jahr trafen mit 96 Projekten Investitionen im Gesamtvolumen von 3,5 Milliarden Euro im Lande ein, womit in Hinsicht auf die früheren Jahre ein Rekord aufgestellt wurde. Die Investitionen kamen hauptsächlich im Bereich der Digitalisierung und in den durch die neue Industrierevolution am stärksten berührten Industriezweigen zustande und sorgten für 17.000 neue Arbeitsplätze.

Der Durchschnittslohn bei diesen 17.000 neu geschaffenen Arbeitsplätzen erreicht 304.000 Forint und liegt damit weit über den im Vorjahr kalkulierten 255.000 Forint, wie auch die mit diesen 96 Investitionsprojekten veranlagte Gesamtsumme von 3,5 Milliarden Euro deutlich die im Zuge von 71 Investitionen ein Jahr zuvor erzielten 3,2 Milliarden Euro übertrifft. Den Erfolg des vergangenen Jahres hebt weiter an, dass zwei Drittel dieser Investitionen durch die Digitalisierung sowie in Industriezweigen zustande kamen, die durch die neue Industrierevolution besonders betroffen sind.

Gleich 36 der 96 Investitionsprojekte stärkten die Automobilindustrie, jeweils 7 die Elektronik und die Nahrungsmittelindustrie, 5 die Informatik, des Weiteren wurden 10 neue Investitionen in Dienstleistungen vorgenommen. Nach 29 Investitionen aus Deutschland folgen auf Platz 2 die einheimischen Investitionen und dahinter mit zehn Projekten die Investoren aus den Vereinigten Staaten. Beim Weiterlesen dieser Rangliste zeigt sich zugleich der Erfolg der Ostöffnung, denn 4 Investitionen trafen aus Indien, 3 aus China, 3 aus Südkorea, 3 aus Japan und 2 aus der Türkei ein.

Die disziplinierte Wirtschaftspolitik kann eine Entwicklung von historischen Dimensionen mit sich bringen

Dank der disziplinierten Wirtschaftspolitik ist es dem Staatshaushalt gar nicht anzusehen, dass wir uns in einem Wahljahr befinden. Infolge der erreichten Ergebnisse könnten in diesem Jahr alle drei großen Ratingagenturen die Einstufung Ungarns verbessern, wobei wir auf praktisch allen Gebieten mit großen Fortschritten rechnen.

Im vergangenen Jahr wurden markante Steuer- und Abgabensenkungen vorgenommen, während das Haushaltsdefizit wie im vergangenen so auch in diesem Jahr unter den vorgeschriebenen 3 Prozent

bleiben dürfte, was ein beeindruckender Beleg der erfolgreichen und dabei disziplinierten Wirtschaftspolitik ist. Die Möglichkeiten sind gegeben, um sowohl im öffentlichen Dienst als auch im Wettbewerbssektor die Vergütungen anzuheben, was eine fortgesetzte Stärkung des einheimischen Lohnniveaus zur Folge haben kann. Dank des dynamischen Lohnzuwachses hat auch der Privatverbrauch Jahr für Jahr deutlich zugenommen.

Neben dem Konsum regen die staatlichen und die EU-Fördermittel eine Zunahme der Investitionen an. An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass bislang lediglich 20 Prozent der Fördergelder der Gemeinschaft verwendet wurden, so dass die verbleibenden 80 Prozent an Zuwendungen erst später ihre Wirkung entfalten werden.

In den Relationen der Staatsschulden lassen sich die Veränderungen ebenfalls ablesen: Die Bevölkerung kauft immer mehr Staatsanleihen, was die ausländische Abhängigkeit senkt, so dass sich die Schulden zu deutlich günstigeren Konditionen finanzieren lassen. Neben dem Verbrauch nehmen auch die Ersparnisse zu, was ebenfalls für die günstige Wirtschaftslage spricht. Die Experten gehen in diesem Jahr von einem BIP-Zuwachs bis zu 5 Prozent aus, wobei die drei großen internationalen Ratingagenturen die Einstufung des Landes dank der verbesserten Rahmenbedingungen weiter nach oben korrigieren dürften.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Der UNO-Entwurf zur Migrationspolitik ist aus der Sicht Ungarns gefährlich

Das erste Dokument des globalen Migrationsabkommens der UNO wurde veröffentlicht. Die Initiative möchte der Migration grundlegend zur Seite stehen und versucht, diese zu unterstützen; sie hält die auch Europa berührende Einwanderung für einen positiven Prozess, der allerdings aus dem Gesichtspunkt der Sicherheit unseres Landes außerordentlich gefährlich sein kann.

Aus dem Blickwinkel Ungarns ist das zur Verhandlung vorgelegte Dokument gefährlich, weil es diametral entgegengesetzt zu jenem Standpunkt ist, den unser Land und seine Partner in der Region in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der illegalen Einwanderung vertraten, formulierten und bemüht waren, im Raum der europäischen Politik zur Geltung zu bringen. Hinter

dieser Initiative stehen obendrein UN-Entscheidungsträger, die gleich in mehreren Punkten mit der Ideologie eines George Soros oder aber seinem Stiftungsnetzwerk verkoppelt werden können.

Den Entwurf wird der Hohe Flüchtlingskommissar Filippo Grandi der UN-Hauptversammlung vorlegen. Dieser hat sich nicht nur einmal gegen jene Mitgliedstaaten gestellt, die daran arbeiten, die illegale Einwanderung zu stoppen, und sich dafür eingesetzt, in der öffentlichen Meinung ein positives Bild über die Einwanderer zu stärken und den Solidaritätsgedanken zu unterstützen.

Erwähnt werden kann aber genauso die das Abkommen ausarbeitende Sonderbeauftragte Louise Arbour, die gemessen an vielen vorteilhaften Effekten der Migration meint, dass die gegenwärtige ausgrenzende Politik, ergänzt um rechtliche Regulierungen und sonstige praktische Hindernisse die Chancen einer vollständigen Integration der Migranten mindert. Arbour wurde für ihre Tätigkeit von George Soros persönlich mit dem Preis „Offene Gesellschaft“ der Central European University (CEU) ausgezeichnet.

Der Entwurf verletzt in mehreren Punkten die Interessen Ungarns und schadet den durch dieses Land bislang unternommenen Anstrengungen, die illegale Einwanderung zu stoppen. So will das Dokument ausschließen, dass Einwanderer in Gewahrsam genommen werden können, und ihren Zugang zu den sozialen und Gesundheitsleistungen der betroffenen Länder erleichtern. Das aber würde ungewünschte Lasten auf die Volkswirtschaften der betroffenen Länder legen und die im Falle der Einwanderer schon heute problematische Ordnungspolitik zusätzlich erschweren, indem die Sicherheitsorgane eines weiteren wichtigen Instruments beraubt würden.

Das Dokument sieht vor, dass die einzelnen Staaten den Prozess der Familienzusammenführung erleichtern sollen, welcher Prozess schon bislang, also unter relativ kontrollierten Umständen, nur so von Missbräuchen wimmelte. Einwanderer, die hier eingetroffen waren, holten nicht nur in Einzelfällen unter dem Stichwort der Familienzusammenführung nicht nur ihre blutsverwandten Angehörigen nach, weil sich in Ermangelung von Ausweispapieren die Einwanderer und ihre Familienangehörigen nicht in jedem Fall identifizieren lassen.

Das Abkommen würde verlangen, dass alle Staaten gemeinsam an der Rettung der Einwanderer auf gefährlichen Migrationsrouten teilnehmen. Das aber würde bedeuten, dass die Rettungseinheiten neben der Aufnahme der Migranten mit Geld oder Humanressourcen unterstützt werden müssten, was logischerweise mit weiteren Ausgaben einhergehen würde. Sollte das Abkommen zur Annahme

gelangen, würde der Grenzschutz auf eine integrierte, abgestimmte Weise erfolgen, und somit nicht länger eine nationale Befugnis sein, was zugleich heißen würde, dass wir unseren bereits bewährten und sicheren Grenzschutz im Interesse einer unsicheren Lösung aufgeben müssten.

Die ungarisch-ukrainischen Beziehungen könnten sich normalisieren

Der parlamentarische Staatssekretär des Außenministeriums, Levente Magyar, verhandelte in Transkarpatien mit dem Stellvertretenden Außenminister der Ukraine, Vasil Bodnar, zu Fragen über die Anwendung des neuen ukrainischen Bildungsgesetzes, über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und in Verbindung mit der Entwicklung der Infrastruktur im Grenzbereich.

Im Zuge dieser Konsultationen zeigte sich, dass es – obgleich das umstrittene Bildungsgesetz in Kraft tritt – solange keine Veränderungen im Bildungssystem der Minderheiten entgegen den ungarischen Interessen geben wird, bis die Repräsentanten der Minderheiten den Entwurf gutheißen. In diesem Sinne wird am 14. Februar eine Verhandlungsserie eröffnet, bei der sich in Vertretung des ukrainischen Bildungsministeriums Ressortleiterin Lilia Hrynewytsch mit den Repräsentanten der ungarischen Gemeinschaft Transkarpatiens an einen Tisch setzen wird.

Die Repräsentanten der ungarischen Gemeinschaft können somit eine starke Verhandlungsposition einnehmen, so dass der Ausgang der Gespräche aus ungarischem Blickwinkel durchaus vorteilhaft ausfallen kann. In diesem Fall würden beide Seiten von einer großen Last befreit, welche bislang die Beziehungen der Nachbarländer beeinträchtigte. Aus ukrainischer Sicht könnte es damit gelingen, den in den internationalen Vereinbarungen in Richtung EU und NATO eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, während die ungarische Seite die schwerwiegende Verletzung der Grundrechte der ungarischen Minderheit Transkarpatiens nicht vor internationale Gremien bringen müsste.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

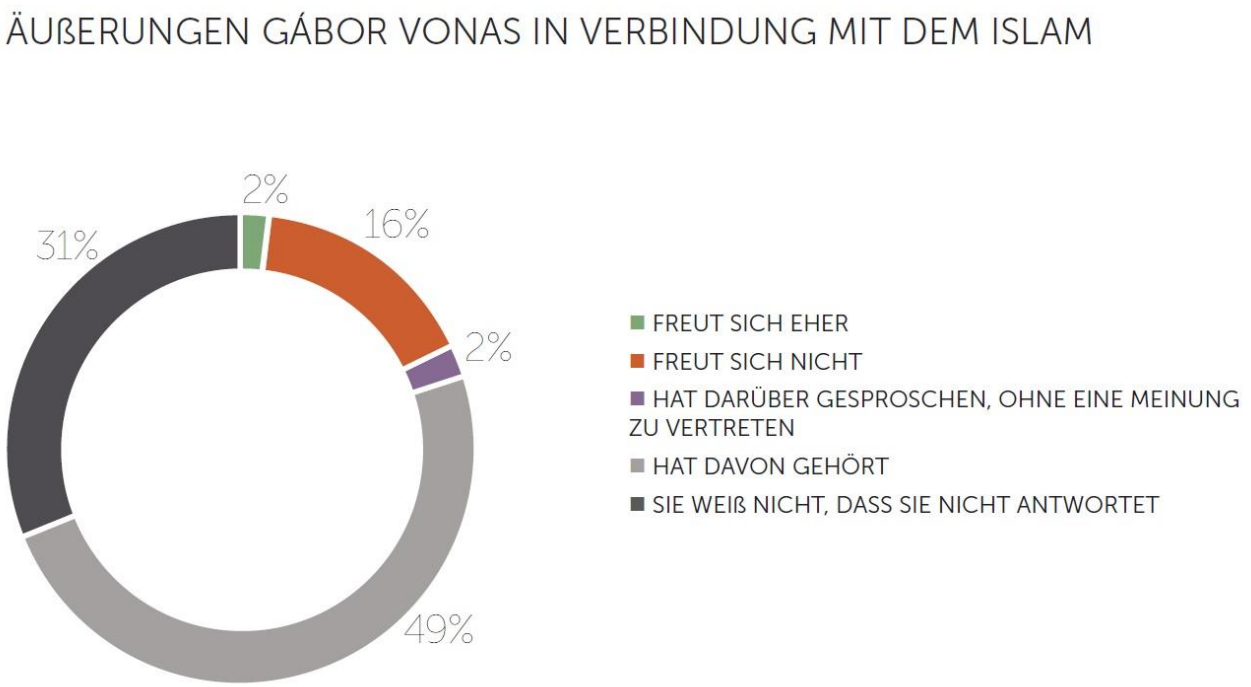
Die Jobbik geht mit einem Skandal in den Wahlkampf

In den vergangenen Wochen machte in den einheimischen Medien jene Tonaufnahme die Runde, in der in verschiedenen Versionen der Jobbik-Vorsitzende Gábor Vona während einer Türkei-Reise ein Bekenntnis zu Allah abgibt. Seither werden immer mehr Materialien veröffentlicht, welche die Bindungen Gábor Vonas zum Islam aufdecken.

Gábor Vona besuchte noch 2003 eine Konferenz im Jemen, bei der er zwar nicht das Wort ergriff, wobei jedoch seine dort gemachten Erlebnisse offenbar die eigene und die später auch durch die Jobbik vertretene islamfreundliche Politik geprägt haben dürften. Darüber hinaus war seine Reise bezeichnend für das Parteiergreifen im arabisch-israelischen Konflikt. Dieser Besuch beweist mithin, dass die Beziehungen von Gábor Vona und seiner Partei zum Islam weitaus älteren Datums sind, als könnten wir diese lediglich als einen der heutzutage typischen häufigen Richtungswechsel betrachten.

Diese Bindung war somit 2013 längst gegeben, als Gábor Vona seinen Glauben an Allah bekannte, was in diesem Lichte betrachtet gar nicht überraschen muss. Gábor Vona brachte in der Türkei zum Ausdruck, er hoffe, dass Ungarn so schnell wie möglich aus der Europäischen Union austritt und sich mit den Brüdern und Schwestern in der Türkei zusammenschließt. Das ist ausgesprochen abstoßend, wenn man bedenkt, dass der Parteivorsitzende auch gegenwärtig für eine Lohnunion in der europäischen Gemeinschaft die Werbetrommeln rührt, und zwar nicht nur hierzulande, sondern auch innerhalb jener Europäischen Union, aus der er das Land so schnell wie möglich herausführen möchte.

Ausgehend von einer Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts im Zeitraum 31. Januar bis 6. Februar 2018 unter telefonischer Befragung von 1.000 Personen haben im Übrigen knapp 70 Prozent der Ungarn von den Äußerungen Gábor Vonas in Verbindung mit dem Islam gehört. In Verbindung mit dieser Frage konnte jeder fünfte Befragte eindeutig Position beziehen, wobei innerhalb dieser Gruppe jene achtmal stärker vertreten waren, die diese Äußerung des Parteivorsitzenden nicht erfreute (16 Prozent), im Vergleich zu jenen, die mit diesen Worten zufrieden waren (2 Prozent).



***Frage**: Bitte sagen Sie uns, ob Sie in der vergangenen Woche mit Ihren Freunden, Bekannten oder in der Familie über die Äußerungen Gábor Vonas in Verbindung mit dem Islam gesprochen haben! Wir möchten Sie des Weiteren fragen, wenn Sie darüber nicht gesprochen haben, ob Sie überhaupt von der Sache gehört haben? Sind Sie über die Äußerungen Gábor Vonas in Verbindung mit dem Islam eher erfreut oder eher nicht erfreut?*

PROGNOSE

- **Am 14. und 15. Februar halten die Parlamentsfraktionen von Fidesz und KDNP ihre Klausurtagung in Visegrád ab.** Bei den Gesprächen hinter verschlossenen Türen wird Viktor Orbán das vergangene Jahr sowie den nun zu Ende gehenden Regierungszyklus bewerten. Anschließend werden die Abgeordneten in mehreren Sektionen über die wichtigeren Fragen verhandeln, darunter über die Wahlkampagne in Hinsicht auf die anstehenden Parlamentswahlen sowie über die Einwanderung.
- **Am 14. Februar beginnen die auf Empfehlung der Venedig-Kommission einberufenen Konsultationen zwischen dem ukrainischen Bildungsressort, der OSZE und den ungarischen Gemeinschaften in Transkarpatien in Verbindung mit dem ukrainischen Bildungsgesetz.**
- **Am 18. Februar hält Viktor Orbán seine Rede zur Lage der Nation im Burggartenbasar in Budapest.**

- **Am 19. Februar beginnt die Frühjahrssitzung des Parlaments.** Die Sitzung wird voraussichtlich mit der Behandlung des Gesetzpakets „Stopp Soros“ ihren Anfang nehmen.